

Heiners zehnter persönlicher Brief aus dem Bundeshaus

Frühjahrssession, 6. – 24. März 2006

Vielgestaltige Session und interessierte Besucher/innen

Die Frühjahrssession war sehr vielgestaltig und ich war, wie die nachstehende Aufstellung zeigt, bei unterschiedlichsten Themen engagiert. Aus meiner Sicht war es eine sehr gute Session. So beschloss der Nationalrat, auf die CO₂-Abgabe auf Heizöl einzutreten; die Detailberatung ist allerdings offen. Für mich bedeutet das Ende der Session auch die **Übergabe des Fraktionspräsidiums an die EDU**. Wir einigten uns im Herbst 2003, dass ich als EVP-Vertreter das Präsidium die ersten 60 Prozent der Legislaturperiode ausübe und Christian Waber die zweiten 40 Prozent. Dies entspricht unserer Fraktionszusammensetzung von 3 EVP- und 2 EDU-Vertretern. Für den Rest der Legislaturperiode bin ich Vizepräsident der Fraktion. Ich freue mich über alle **Besuche**. Im März kamen z.B. Studierende von St. Chrischona und von „Jugend mit einer Mission“ und mehrere vor allem jungen Einzelgäste. Gerne führe ich vor allem junge Menschen ein Stück weit in die aktive Politik ein.

Reform der Eidgenössischen Alkoholverwaltung nicht notwendig

Mit einer Motion schlug der Walliser FDP-Vertreter Jean-René Germanier eine Aufhebung der Eidgenössische Alkoholverwaltung vor. Ich unterstützte Bundesrat Hans-Rudolf Merz in der Ablehnung. Wir brauchen eine koordinierte Alkoholpolitik, keinen Abbau im Sinne des Motionärs. Der Nationalrat stimmte am 8.3.2006 der Motion zu. Sie geht an den Ständerat. Alkohol im Sinne der Definition des Bundes umfasst lediglich die gebrannten Wasser.

Ja zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas

13.3.2006: In der Eintretensdebatte unterstützte ich das Gesetz als Grundlage für die Weiterführung der bisherigen Osthilfe, aber auch für die 1 Milliarde Franken Kohäsionszahlungen an Länder Osteuropas. „Die Kohäsionszahlungen und die Bilateralen II haben einen Zusammenhang, das ist auch für uns klar, das haben wir nie bestritten. Sie haben einen sachlichen Zusammenhang, aber keinen juristischen.“...“Es ist wichtig, dass wir dieses Gesetz genehmigen, weil für uns die Zusammenarbeit mit den Demokratien im Osten Europas sehr wichtig ist und allen Beteiligten dient.“ In der Detailberatung engagierte ich mich gegen Anträge aus der SVP, welche das Gesetz verschlechtern wollten. Das Gesetz wurde in der Schlussabstimmung vom National- und Ständerat genehmigt. Die Schweizer Demokraten und die Tessiner Lega kündigten das Referendum an; diesem schloss sich am 6.3.2006 die SVP an.

Einmal mehr die gefährlichen Hunde

15.3.2006: Im Dezember reichten die Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) je eine gleichlautende Motion betreffend gefährliche Hunde ein. Die Büros der beiden Räte traktandierten die Vorstösse in der Frühjahrssession, weshalb der Bundesrat zu den Motionen Stellung nehmen musste. Er lehnte gegen den Antrag des zuständigen Departementsvorstehers Joseph Deiss die Vorstösse ab, mit der Begründung, die Problematik sei Sache der Kantone. Am 15. resp. 16.3.2006 überwies Nationalrat resp. Ständerat ihre Motion. Damit wurde geklärt, dass der Bundesrat handeln muss. Als deutschsprachiger Kommissionssprecher der WBK legte ich die Situation gegenüber dem Nationalrat dar. Der Wortlaut meines Kommissionsreferates findet sich weiter hinten. In der Hundfrage war ich auch im Frühjahr medial (Tagesschau des Fernsehens, regionales Fernsehen, Zeitungen/Zeitschriften) wieder gut präsent.

Ja zu den Beiträgen und Leistungen des Bundes an die Fussball-Euro 2008

16.3.2006: Die zusätzlich vom Bundesrat angeforderten 72 Millionen Franken insbesondere für die Sicherheit der Euro 2008 führte zu einer intensiven Beratung in der WBK. Wir kamen zum Schluss, dass diese Mittel zu bewilligen sind. Sie sind seriös berechnet. Deshalb unterstützte ich im Rat diese Vorlage. In der Detailberatung vom 22.3.2006 engagierte ich mich erfolglos für ein Werbe- und Ausschankverbot von Alkohol: „Heiner Studer (evp, Aargau)

unterstützt die Anträge hingegen im Interesse einer ordentlichen Durchführung der Euro 2008. Verträge können auch neu ausgehandelt werden. (NZZ)“...“SP, Grüne und EVP halten dagegen am Antrag der Mehrheit fest, wonach der Bundesrat auch über die Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzepts und der Fanarbeitsprojekte berichten muss. Diesem Antrag wurde zugestimmt. (NZZ)“ Die Vorlage geht an den Ständerat.

Die interessierten Ratsmitglieder waren zu einer vorgängigen Information ins „Stade de Suisse“ eingeladen. Wir Parlamentarier wurden aufgefordert, uns gegen die „Host Cities“ (Gastgeberstädte) im Penaltyschiessen zu messen. Mein Schuss als Fussballinteressierter, aber Untalentierte wurde vom Torhüter erwartungsgemäss gehalten. Schön war das Wiedersehen mit Jörg Stiel, dem ehemaligen Nationaltorhüter, der seine Fussballkarriere beim damaligen FC Wettingen (Nationalliga A) begann und mit Daniel Rupf, Gesamtprojektleiter der Euro 2008 in Zürich, welcher damals auch im Klub meiner Wohngemeinde Fussball spielte.

Heikle Revision der Invalidenversicherung

In der SGK (Soziales und Gesundheit) sind wir nicht vertreten. Bei den Fragen der Sozialversicherungen äussere ich mich jeweils namens der EVP. Beim Eintreten auf die 5. IV-Revision legte ich am 20.3.2006 das Schwergewicht auf die Früherfassung, weil Integration vor Rente kommt. Ein besonderes Anliegen ist mir auch, dass nicht eine Schwergewichtsverlagerung auf die Sozialhilfe vorgenommen wird. Bei der Weiterführung der Detailberatung am 21.3.2006 unterstützte ich einen Minderheitsantrag Thérèse Meyer (CVP/FR), welcher sicherstellen wollte, dass mit Eingliederungsmassnahmen früh begonnen wird. Am 22.3.2006 engagierte ich mich gegen die (glücklicherweise nicht erfolgte) Kürzung der Kinderrenten. Auf eine Zwischenfrage von Marcel Scherer (SVP/ZG) hin verdeutlichte ich, dass es wichtig ist, dass alle, die in unserem Lande leben, die Kinderrenten garantiert haben. Vor der Gesamtabstimmung begründete ich unser Ja, mit dem Hinweis, dass es wichtig ist, dass auch die Finanzierungsvorlage kommt und wir dann das Gesamte sehen. Die Vorlage geht an den Ständerat als Zweitrat.

Fernmeldegesetz unter Dach

Nach langwierigen Beratungen konnten die Räte das neue Fernmeldegesetz genehmigen. Es brauchte dazu einen letzten Entscheid aufgrund eines Antrages der Einigungskonferenz der zuständigen Kommissionen von National- und Ständerat. Aufgrund des Votums von Georges Theiler (FDP/LU) sagte ich am 21.3.2006 spontan: „Der Vorredner hat gejammert, es sei so lange gegangen. Aber was ist einer der Gründe? Es waren zu viele knallharte Interessenvertreter dabei, die nicht sehr flexibel waren. Das ist doch der Hauptgrund, und das darf man auch sagen, wenn die Interessenvertreter wie vorher wegen den andern jammern.“

Keine neue Landeshymne. Die heutige ist ein Lob an Gott, nicht an uns Menschen

22.3.2003: Mit einer Motion wollte Margret Kiener Nellen (SP/BE) die Schaffung einer neuen Landeshymne erreichen. Ich engagierte mich gegen diese Motion. Der Komponist, Alberich Zwyszig, wirkte im Kloster Wettingen; in Wettingen bin ich Vizeammann. Unsere Landeshymne ist ein Lob an Gott, nicht an uns Menschen; es ist positiv, dass wir uns nicht belobigen. Die Motionärin zog ihren Vorstoss zurück, nachdem sie realisierte, dass er kaum eine Mehrheit finden würde. Sie setzte ihre Hoffnung auf die WBK, welche das Thema am 30.3.2006 traktandiert hatte. Die Kommission beschloss an jenem Tag mit knapper Mehrheit, auf das Thema nicht einzutreten.

Einheitliche Kinderzulagen in Sicht

Vor der Schlussabstimmung sagte ich namens der EVP-Nationalräte am 24.3.2006: „In einem kurzen Satz: Die EVP-Vertreter stehen ohne Wenn und Aber hinter dieser Vorlage und werden sie in einem allfälligen Referendumskampf aktiv unterstützen. Nach dem Willen des Parlamentes sollen die Kinderzulage pro Kind und Monat mindestens Fr. 200 und die Ausbildungszulage mindestens Fr. 250 betragen. Der Schweiz. Gewerbeverband ergriff in der Zwischenzeit das Referendum.“

Parlamentarische Vorstösse.

Mein Postulat vom 7.10.2005 für eine restriktive Anwendung des Kriegsmaterialgesetzes lehnte der Bundesrat in seiner Antwort vom 10.3.2006 ab. Ich bin von der Antwort enttäuscht, jedoch nicht überrascht. Der Nationalrat wird das Postulat in einer späteren Session behandeln.

Am 16.12.2005 reichte ich eine Anfrage betreffend Verkauf von alkoholischen Getränken an junge Menschen ein. Testverkäufe belegen, dass die Altersgrenzen häufig nicht eingehalten werden. Was gedenkt der Bundesrat zu tun, dass

die Altersgrenzen durch die Kantone durchgesetzt werden? Ist er bereit, ernsthaft zu prüfen, ob die Altersgrenze für den Verkauf von Wein und Bier auf 18 Jahre erhöht werden soll? In seiner Antwort vom 1. März 2006 bestätigte der Bundesrat, dass es zu überlegen sei, ob die Verkaufsgrenze für Wein und Bier ebenfalls auf 18 Jahre zu erhöhen sei. Dies ist ein vorerst kleines, jedoch positives Signal.

Am 20.3.2006 reichte ich folgende Anfrage ein: Christ droht in Afghanistan die Todesstrafe. „In Afghanistan droht einem 41jährigen Mann, welcher zum christlichen Glauben übertrat, die Todesstrafe. Dies erklärte Richter Maulawisada vom Obersten Gericht Afghanistans. Er könne dem Tod nur entgehen, wenn er wieder den muslimischen Glauben annehme. Mit seiner Konversion habe Abdul Rahman den Islam beleidigt und nach den Prinzipien der Scharia ein Verbrechen begangen. Die Religionsfreiheit gehört in unserem Land wie auch weltweit zentral zu den Menschenrechten, die einzuhalten sind. Dieser laufende Prozess könnte weitere ähnliche auslösen. In welcher Weise formuliert der Bundesrat gegenüber Afghanistan und der Weltöffentlichkeit umgehend und unmissverständlich seinen Protest?“

Am 23.3.2006 reichte ich folgende Anfrage ein: Beteiligung des EJPD (Eidg. Justiz- und Polizeidepartement) an den Kohäsionszahlungen. „Zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten in den neuen EU-Mitgliedsländern soll die Schweiz während einigen Jahren einen Beitrag von insgesamt 1 Milliarde Franken leisten. Dies hat richtigerweise einen sachlichen, jedoch keinen rechtlichen Zusammenhang mit den Bilateralen Abkommen mit der EU. Laut bundesrätlicher Auffassung müssen diese Mittel beim EVD (Eidg. Volkswirtschaftsdepartement) und EDA (Eidg. Departement des Äusseren) kompensiert werden. Zudem sollen Einnahmen aus der Zinsbesteuerung hinzukommen. Es ist wichtig, dass die Kompensation nicht zulasten der Entwicklungshilfe geschieht. Nachdem das Schengen/Dublin-Abkommen dem EJPD durch die neue Drittstaatenregelung eine Entlastung von mindestens 80 Millionen Franken jährlich bringen wird, habe ich wiederholt die folgende nicht beantwortete Frage gestellt: Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass die Kohäsionszahlungen teilweise im EJPD zu kompensieren sind und wird er dies bei seinem Antrag an die eidgenössischen Räte berücksichtigen?“ - Ich konnte dieses Anliegen in der „Arena“ des Schweizer Fernsehens am 7.4.2006 erläutern und als Mitglied der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates das EVP-Ja zum Osthilfegesetz vertreten.

Feier mit Medaillengewinner/innen

Als Mitglied des Vorstandes der Parlamentarischen Gruppe Sport wurde ich an die Feier des Bundesrates für die Medaillen- und Diplomgewinneri/innen der Olympischen Spiele und der Parolympics von Turin eingeladen. Beim „Apero riche“ hatte ich gute Gespräche mit mehreren Medaillengewinner/innen. Sportler und Politiker haben mehr gemeinsam als man vordergründig denken kann.

Sondersession, 8. – 11. Mai 2006, Sommersession, 6. – 23. Juni 2006

Besucherinnen und Besucher sind im Bundeshaus während den Sessionen sehr willkommen.
Mit herzlichen Grüssen

Heiner

Heiner Studer, Austr. 17, 5430 Wettingen, Tel. 056 426 50 55
heinerstuder@hotmail.com, heiner.studer@parl.ch

Nationalrat: Tel. 031 322 99 11, Fax 031 322 78 04 (während den Sessionen)

Gefährliche Hunde

In der Frühjahrssession überwiesen der Nationalrat und der Ständerat eine gleichlautende Motion. Nachstehend mein Kommissionsreferat vom 15.3.2006, das ich wie üblich frei und ohne Notizen vortrug. Der Text entspricht der Aufnahme des Amtlichen Bulletins.

Stellen Sie sich vor, in den Medien wäre über diese Thematik praktisch nichts geschrieben worden. Stellen Sie sich weiter vor, wir wüssten nicht, was im Bundesrat über dieses Thema diskutiert worden ist. Stellen Sie sich drittens vor, Sie hätten von keiner interessierten Organisation oder Person ein E-mail bekommen, das Sie motivieren sollte, in die eine oder andere Richtung zu gehen. Stellen Sie sich also vor, Sie hätten nur den Text dieser Motion vor sich und würden unbeeinflusst von allem, was um Sie herum geschehen ist, abstimmen. Dann kommen wir zu einer ganz klaren Fragestellung.

Unser Rat und auch der Ständerat nahmen im Rahmen der Gen-Lex – der Ständerat am 14. Juni 2001 und wir am 2. Oktober 2002, also schon vor einiger Zeit – einen unbestrittenen Zuchtartikel auf, der dem Bundesrat die Kompetenz gibt, in diesem Bereiche aktiv zu werden. Im Ständerat sagte Kollege David: Wir erwarten, dass dieser Artikel umgesetzt wird. Der Sprechende war damals deutschsprachiger Sprecher für die Gen-Lex und sagte das Gleiche anfangs Oktober 2002. Und die Gen-Lex ist in Kraft. Nur diese Bestimmungen, Artikel 7a und 7c, hat der Bundesrat noch nicht in Kraft gesetzt, weil dann das Tierschutzgesetz kam und diese Punkte ins Tierschutzgesetz eingebaut wurden. Beide Kammern unseres Parlamentes haben diese unbestrittenen Kompetenzen also beschlossen, und das war politischer Wille.

Worum geht es in dieser Motion, gleichlautend wie die des Ständerates? Das Tierschutzgesetz kann erst in Kraft treten, wenn die Referendumsfrist abgelaufen ist. Das wird im Laufe des Monats April sein. Und weil die Frage infolge des tragischen Todesfalles von Suleyman in Oberglatt leider akzentuiert auf uns zukam, entschieden die beiden Kommissionen vor Weihnachten, dem Bundesrat den Auftrag zu erteilen, diese zwei Punkte, Artikel 7a und 7c, die schon längst beschlossen sind, im Sinne von präventiven Massnahmen so rasch wie möglich umzusetzen und dann, in einem zweiten Schritt, wenn das Tierschutzgesetz in Kraft treten kann - das Referendum wird dagegen ja nicht ergriffen -, auch die weiteren Massnahmen. Nun geht es schlicht und einfach um nichts anderes, als dass wir das, was das Departement aufgrund der Motionen angepackt hat, in einer entsprechenden Verordnung zu formulieren und dann zu vollziehen, allenfalls in zwei Etappen.

Was wäre die Alternative? Sie sehen den Antrag des Bundesrates, die Motion abzulehnen. Die Begründung ist, das sei Sache der Kantone. Aber 21 Kantone haben sich klar dafür ausgesprochen, dass der Bund seine Kompetenzen wahrnimmt; dass er die Frage nicht wieder bei den Kantonen belässt; dass wir all das, was rechtlich unbestritten ist, aufgrund der Artikel, die die Zucht, Aufzucht und Haltung betreffen, vollziehen.

Dann kommen die umstrittenen Fragen wie die Frage der Rassenverbote. Das steht aber heute nicht als Frage – ja oder nein? – zur Diskussion. Sie haben nämlich noch eine Motion des Sprechenden, die auch im Dezember eingereicht wurde; sie verlangt, dass rechtliche, klare Grundlagen geschaffen werden, damit auch diese Frage geklärt werden kann. Um dieser Frage geht es heute nicht. Ich darf Sie bitten, das, was unsere beiden Räte – unbestritten, mit klarem politischem Willen – zum Ausdruck gebracht haben, zu tun, und durch die Annahme dieser Motion dem Bundesrat einen Auftrag erteilen – nichts anderes. Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie hier der Motion der einhelligen WBK zustimmen.

Staatsbesuch des Königspaares von Norwegen

Am 5. und 6.4.2006 waren das Königspaar von Norwegen, König Harald V und Königin Sonja, auf Staatsbesuch in der Schweiz. Dies war insbesondere für alle, die mit Norwegen verbunden sind, ein besonderes Ereignis. .

Auch für republikanisch gesinnte Schweizerinnen und Schweizer ist der Staatsbesuch eines Königspaares etwas, das Aufmerksamkeit erregt. Am 5. und 6.4.2006 war das Königspaar von Norwegen auf Staatsbesuch. Die Medien berichteten über den Besuch und schrieben aus diesem Anlass über Land und Leute.

Ich lernte meine Frau Marit, von der norwegischen Westküste stammend, durch die Politik kennen. Wir haben enge Beziehungen zum Land. Seit meiner ersten Einladung nach Norwegen, zum 25jährigen Jubiläum der Jugendorganisation der Christlichen Volkspartei Norwegens im Februar 1971, bin ich mit diesem nördlichen Land und vor allem mit politisch tätigen Christen eng verbunden. Unsere älteste Tochter Heidi arbeitet seit Sommer 2001 als Assistentin für Handel und Kultur auf der schweizerischen Botschaft in Norwegens Hauptstadt Oslo.

Mit dem norwegischen Botschafter in der Schweiz, Lars Petter Forberg, habe ich sehr gute Kontakte. Meine Frau und ich freuten uns, vom Bundesrat ans offizielle Essen im Rahmen dieses Staatsbesuches am Abend des 5.4.2006 in den Bernerhof eingeladen zu werden. Vom Parlament waren Nationalratspräsident Claude Janiak, Ständeratspräsident Rolf Büttiker, Luzi Stamm, Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates, sowie das weitere Nationalratsmitglied, das norwegisch spricht, Brigitta Gadiant, dabei. Insgesamt waren 76 Personen bei Tische.

Erstmals in meinem Leben musste ich einen Smoking ausleihen, da diese Bekleidung für alle Männer obligatorisch war. Es war ein festlicher, keineswegs steifer Abend. Nach dem Essen, beim Steh-Kaffee, stellte mich der norwegische Botschafter zuerst der Königin und dann dem König vor. Dies gab die Möglichkeit für ein paar persönliche Worte. Meinen Trauzeuge, der frühere norwegische Ministerpräsident Kjell Magne Bondevik, kennt der König natürlich bestens.

Der norwegische Botschafter lud uns auf den 6.4.2006 zur Vernissage der Ausstellung über den vor hundert Jahren verstorbenen norwegischen Dramatiker Henrik Ibsen im Schiffbau Zürich ein. Dort gab es viele Begegnungen mit in der Schweiz lebenden Norwegern.

8.4.2006